

Mit dem **Demokratiereport** der Konrad-Adenauer-Stiftung soll im regelmäßigen Turnus von drei Jahren in ausgewählten Ländern geprüft werden, wie sich der Stand der demokratischen Entwicklung darstellt in Bezug auf Medien, Rechtsstaat und Parteien. Auf dem Petersberg bei Bonn folgt am 30. und 31. Januar 2006 nach dem Startschuss im Jahr zuvor der zweite Komplex zum Thema **Demokratie und Rechtsstaat**. Internationale Experten diskutieren die aktuellen Standards in ausgewählten Staaten anhand von Berichten der dort tätigen Auslandsbüros der Stiftung. Ziel ist es, Kriterien zu entwickeln, anhand derer Fort- oder Rückschritte in der Demokratieentwicklung bewertet und langfristige Entwicklungen fundiert dokumentiert werden können. Der für die Situation der Medien entwickelte Kriterienkatalog wird Mitte Januar als **Demokratiereport 2005** veröffentlicht. (Informationen ab 30. Januar 2006 auch unter www.kas.de/veranstaltungen/2006).



In der Buchreihe **Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte** der Konrad-Adenauer-Stiftung werden unter dem Titel **Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“** die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1965–1969 veröffentlicht (Droste Verlag, 1600 Seiten, 78,00 Euro). Sie gelten als eine der zentralen Quellen zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der fünfte Band doku-

mentiert die Auseinandersetzungen im Führungsgremium der Partei unter ihren Vorsitzenden Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger. Die zum Teil heftigen Kontroversen um die Innen- und Außenpolitik, um das Verhältnis zu den Koalitionsparteien und nicht zuletzt die Debatten um die programmatische und organisatorische Modernisierung der CDU bestimmen den Inhalt der insgesamt 28 ungekürzten Wortprotokolle.

In einem weiteren Band mit dem Titel **Gegen den Strom** untersucht Andreas Grau die **Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973** (Droste Verlag, 556 Seiten, 42,80 Euro). Die Auseinandersetzung um die von der Regierung Brandt/Scheel 1969 eingeleitete neue Ostpolitik gehört zu den großen Kontroversen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Unterschied zur Politik der Regierung und ihrer Hauptakteure, Bundeskanzler Brandt, Außenminister Scheel und Staatssekretär Bahr, ist der Beitrag der CDU/CSU-Opposition unter Rainer Barzel und Franz Josef Strauß an dieser Auseinandersetzung bisher nicht umfassend gewürdigt worden. Neben den Ostverträgen, dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und den Verträgen mit der DDR werden auch das konstruktive Misstrauensvotum, die vorgezogene Bundestagswahl 1972 sowie die Klage Bayerns gegen den Grundlagenvertrag vor dem Bundesverfassungsgericht behandelt.